



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Eindruck des Marokkovertrages in Deutschland.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Eindruck des Marokkovertrages in Deutschland

Im Frühjahr 1904 waren in Deutschland Aller Augen auf die Mandschurei gerichtet, wo trotz dem gelungenen Überfalle auf die russische Flotte der Ausgang des Krieges noch zweifelhaft war; denn ununterbrochen rollten die Eisenbahnzüge mit den Landtruppen des Zaren auf dem langgestreckten Schienenstrange nach Osten. Das Gefühl der Kraft und Sicherheit, von dem die deutsche Nation im Vertrauen auf das Heer erfüllt war, wurde dadurch erhöht, daß sich Rußland freiwillig für eine Zeitlang aus den europäischen Machtkämpfen ausschaltete. Schon deshalb nahm die deutsche Regierung das englisch-französische Abkommen anfangs ohne Unruhe hin; die Größe des Ereignisses verbarg sich ihr hinter dem, was im fernen Osten vor sich ging.

Die französische Regierung tat das ihrige, um den deutschen Reichskanzler in Sicherheit zu wiegen. Drei Wochen vor Abschluß des englisch-französischen Vertrages teilte der Minister des Aeußeren, Delcassé, dem deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, die Hauptbestimmungen der Abmachung mit und versicherte zugleich, die Rechte dritter Staaten, auch Deutschlands, seien durch dieselbe nicht in Frage gestellt. Am 12. April 1904 kam das Ereignis im Reichstage zur Sprache und Bülow ließ sich vernehmen: „Das kann ich über diesen Punkt sagen, daß wir keine Ursache haben anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen eine andere Macht. Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege der Verständigung aus dem Wege zu räumen. Dagegen haben wir vom Standpunkte deutscher Interessen nichts einzuwenden.“ Ob nun der Reichskanzler innerlich dieser Ansicht war oder nicht: jedenfalls hielt er es für angezeigt, weder Überraschung noch Verstimmung zu zeigen. Als darauf ein Abgeordneter Widerspruch erhob und es einen Fehler nannte, Marokko den Franzosen zu überlassen,

erklärte Bülow am 14. April, Deutschland erhebe weder auf das Ganze noch auf Teile des scharifischen Kaiserreiches Anspruch. Wiederholt versicherte die deutsche Regierung amtlich wie durch ihre Presse, daß sie in Marokko nicht politischen Einfluß suche, sondern bloß die deutsche Volkswirtschaft zu betreuen gedenke. Die Beziehungen zu Frankreich blieben in den nächsten Monaten unverändert. Als im Oktober 1904 bekannt wurde, das französische Kabinett habe mit dem spanischen über Marokko einen Vertrag geschlossen, wandte sich die deutsche Regierung nach Paris um Auskunft, worauf Delcassé versicherte, auch dieses Abereinkommen werde den deutschen Handel in Marokko nicht benachteiligen, ihm sogar infolge der zu erwartenden Verbesserung der Rechtspflege im Lande nützlich sein. Darauf erklärte der deutsche Staatssekretär Richthofen dem französischen Botschafter Bihourd, seine Regierung sei durch jene Mitteilungen befriedigt.

Im Winter auf 1905 trat jedoch ein Umschwung ein.

Die öffentliche Meinung Deutschlands kam zur Erkenntnis der Umgruppierung der Mächte und empfand darüber steigende Unruhe.

Frankreich, des Beistandes Britanniens sicher, machte kein Geheil aus seiner Absicht, sich in den Alleinbesitz Marokkos zu setzen, wofür Delcassé das Wort von der „friedlichen Durchdringung“ des Landes prägte. Deutlicher noch sprachen die französischen Zeitungen, welche die „Tunisisation“ Marokkos forderten, also dessen Herabdrückung zum Vasallenstaat in der Art von Tunis. Wenn nun auch in Deutschland ein großer Teil der öffentlichen Meinung nichts davon hören wollte, sich wegen Marokkos in Abenteuer zu stürzen, so fand man es doch allgemein bedenklich, daß England und Frankreich, das Deutsche Reich beiseite schiebend, über die Südküste des Mittelländischen Meeres verfügten. Ägypten wurde Britannien zugewiesen, Marokko den Franzosen, die sich darüber mit Spanien verständigten, Tripolis ward den Italienern in Aussicht gestellt, Deutschland ging leer aus, man fragte es nicht einmal um seine Ansicht. Der Vertrag von 1904 wurde zwar, abgesehen von den Geheimartikeln, den Parlamenten Frankreichs und Englands vorgelegt, kam mithin soweit zu öffentlicher Kenntnis; es ward aber nicht die Rücksicht geübt, ihn den Kabinetten von Berlin und Wien mitzuteilen. Der Inhalt der Geheimartikel blieb überhaupt verborgen. Da Italien durch Tripolis vom Dreibund weggelockt und auch Spanien eingefangen wurde, war der Ring geschlossen, aus dem Mitteleuropa sich verwiesen sah. An dieser Stelle war die von England ge-

plante Ausschaltung Deutschlands aus der Weltpolitik Tatsache geworden.

Auch sonst stellten sich Anzeichen des Sinkens der Geltung des Deutschen Reiches ein. Das stärkste war die im August 1904 von England ausgesprochene Kriegsdrohung, falls Deutschland fernerhin zur Kohlenversorgung der russischen Kriegsflotte beitrage. Solches würde Britannien vor dem Ausgleich mit Frankreich nicht gewagt haben; es war um so auffallender, als die französische Regierung den Russen größere Liebedienste leistete, ohne deshalb von Großbritannien belästigt zu werden. Ebenso deutlich war die vom Zivillord der englischen Admiralität, Lee, an Deutschland gerichtete Herausforderung.

Hier zum erstenmal greift in den Gang der Dinge die Triebkraft ein, die man die alldeutsche Bewegung nennt. Nicht, daß sie jetzt erst auftaucht, denn ihr Träger, der Alldeutsche Verband, war schon 1890 gegründet worden und hatte sich oft und überlaut vernehmen lassen. Man begegnete ihm bereits, so oft es sich um Ausbreitung des deutschen Kolonialgebietes, um die Ermutigung der Buren, so oft es sich im Innern Deutschlands um Flottenbauten und um „Eindeutschung“ polnischer Bodens handelte. Die ansehnliche Lebensdauer des Verbandes stand aber mit seinem Einflusse in einem Mißverhältnis. Er war nie etwas anderes gewesen als eine Stimme im Chorus, er glich, wenn es hoch kam, dem Zwischenrufer in einer parlamentarischen Versammlung, der sich nur als solcher und nicht durch eine geordnete Rede Aufmerksamkeit zu verschaffen vermag. Wir werden später, beim Anschwellen der Bewegung, zusammenfassend auf sie zu sprechen kommen, auf ihre nationale Wurzel und ihre Ausartungen, auf ihre Ideen und Machtmittel. An dieser Stelle ist bloß Raum zur Darstellung ihres Einflusses auf den Marokkohandel, der anfänglich durchzudringen schien, um später zu ermatten und zuletzt im Sande zu zerrinnen.

Zu den Zielen der Alldeutschen gehörte die Erwerbung überseeischer Gebiete, nicht bloß zu Handelszwecken und als Flottenstützpunkte, sondern um für den Überschuß der wachsenden Volkszahl Ackerbausiedlungen zu gewinnen. Der Wunsch war in einer Nation begreiflich, die sich jährlich um eine Million Menschen vermehrte. Indessen war schon die ganze Welt vergeben, auch bei der Teilung Afrikas waren die Deutschen, verglichen mit Briten und Franzosen, zu kurz gekommen. Der Groll darüber, insbesondere als Caprivi absichtlich vom Wettbewerb in Afrika zurücktrat, hatte zur Gründung des Alldeutschen Verbandes geführt.

Nachdem sein früheres Drängen ergebnislos geblieben war, hatte er sich im neuen Jahrhundert das letzte, von Europäern noch unbefetzte Stück der Welt zum Felde der Tätigkeit gewählt, und in seiner Mitte war der Geograph Theobald Fischer, Professor in Marburg, nach wiederholten Reisen in Afrika, besonders in Marokko, 1903 mit dem Vorschlage hervorgetreten, Deutschland solle sich dieses Land nicht entgehen lassen. Er sprach in den Alldeutschen Blättern 1903 mit Bewunderung von dem, was die Franzosen in Algerien und Tunis zur Hebung des Landes und zu eigenem Gewinn geleistet hatten, wies darauf hin, daß Marokko am Ozean entlang fruchtbaren Boden besitze und gewaltige Mengen von Nährstoffen wie Handelsgewächsen hervorzubringen vermöge; diese Gebiete dürften den Franzosen und Briten nicht gänzlich überlassen werden. Sein Vorschlag gipfelte in der Teilung Marokkos zwischen den drei Nationen, bei der die Deutschen alles Land an der Westküste von Rabat nach Süden, vor allem die fruchtbare Ebene des Sus erhalten sollten; dann konnten sie das übrige Frankreich und England überlassen. Würden weitere Gebietsveränderungen zum Vorteile dieser zwei Nationen stattfinden, so müsse dies zugunsten Deutschlands durch eine Kohlenstation an der Ozeanküste (Agadir oder Mogador) ausgeglichen werden¹⁾.

Als die Kunde von dem englisch-französischen Vertrage über Marokko durch die Welt ging, reichte der Alldeutsche Verband noch im April beim Reichskanzler eine Denkschrift ein, in der er die Erwerbung der atlantischen Küste Marokkos, einschließlich des dazu gehörigen Hinterlandes, forderte. Dadurch allein wäre den Deutschen noch eine Massensiedlung über See, ferner die Massenproduktion von Baumwolle und ähnlichen Rohstoffen möglich.

In dieser Kundgebung ist kein feindseliges Wort gegen Frankreich gesagt, vielmehr wurde in den Äußerungen des Vorsitzenden des Verbandes, Professors Hasse, und auch sonst das Einvernehmen mit Frankreich über den Gegenstand empfohlen²⁾. Dahinter standen

¹⁾ Alldeutsche Blätter 1903, Nr. 41. Vorhergegangen waren dieser Anregung die zwei Arbeiten Fischers: „Wissenschaftliche Ergebnisse einer Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko 1899“ und „Meine dritte Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko im Jahre 1901“.

²⁾ Alldeutsche Blätter Nr. 10, S. 253. Alles Wichtige über die alldeutsche Bewegung 1890—1910 ist zusammengefaßt in dem Buche: „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe.“ Herausgegeben vom Alldeutschen Verbands (Leipzig 1910).

freilich harte Drohungen, falls sich die Franzosen nicht zur Teilung bequemten.

Das war jedoch nicht die Ansicht Bülow's, und er fragte die Alldeutschen, in einer im preußischen Herrenhaus gehaltenen Rede, ob das Reich etwa um Marokkos willen vom Leder ziehen solle. Überhaupt wies die Regierung die Ansprüche der Alldeutschen als zu weitgreifend von sich und mahnte zur Mäßigung. Um so heftiger war deren Antwort. Es bestand überhaupt Kriegszustand zwischen ihnen und den auf Bismarck folgenden Kanzlern. Diese hätten, so grollten die Alldeutschen, die Gelegenheit zur Vergrößerung des Reiches aus der Hand gegeben, besonders während des Burenkrieges. Sie klagten bei jedem Anlasse Bülow der Schwäche an; auch verlangten sie vom Kaiser, er solle das persönliche Regiment sein lassen und die Leitung des Reiches einem Manne übertragen, der die Verantwortung für die Politik des Reiches übernehme und sich nicht den Wünschen des Hofes anschmiege, an einen Mann selbstverständlich nach ihrem Herzen und ihren Zielen. Nur konnten sie nach Bismarck's Tode keinen Anwärter ihres Sinnes vorschlagen. Sie blieben in einer Opposition, aus der jedoch mehr Verärgerung als Leidenschaft sprach. Dabei kam — nicht bloß diesmal — die eigentliche politische Schwäche der Alldeutschen zutage.

Sie wollten von jedem Nachbarn mit Güte oder mit Gewalt — vor letzterer schreckten sie nie zurück — Land oder wirtschaftliche Vorteile erjagen, ohne Rücksicht darauf, ob das Deutsche Reich mit einem seiner Nachbarn oder mit allen in Streit und Krieg geriete. Doch hatten sie in der Marokkofrage das richtige Gefühl, ein Ausgleich mit Frankreich sei das klügste. Wie erwähnt, hatte Bülow anfangs auf ihre Angriffe spöttisch geantwortet. Indessen lenkte er, als Rußlands Niederlagen in der Mandchurei dem Deutschen Reiche Ellbogenfreiheit verschafften, betreffs Marokkos doch in ihre Richtung ein. Er wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er lasse die Gunst der Lage ungenützt.

Wie aus dem Lager der Alldeutschen, die nur eine kleine, im Reichstage wenig Zustimmung findende Gruppe bildeten, so tönte es ihm auch sonst aus der öffentlichen Meinung mahnend und anspornend entgegen. Überhaupt war in der öffentlichen Meinung Deutschlands während der letzten Jahre ein gründlicher Wandel eingetreten. Sie hatte an der Weltpolitik Geschmack gefunden und verlangte von der Regierung rühmliche und erfolgreiche Taten. Dieser Wechsel der Gesinnung fällt zeitlich ziemlich genau mit dem Tode Bismarck's zu-

sammen, der, siegreich wie kein anderer, nach 1871 in weiser Mäßigung auf Enthaltbarkeit gedrungen hatte. Wie viele andere hatte auch Maximilian Harden, der schneidigste deutsche Publizist jener Tage, diese Entwicklung durchgemacht. Als Bewunderer Bismarcks war er nicht müde geworden, ihn selbst zu preisen und den Prunkreden Wilhelms II. entgegenzutreten, die, obwohl der Kaiser friedlich handelte, den Völkern ringsum nur zu oft die Spitze des deutschen Schwertes zeigten. So hatte es Harden noch in den ersten Jahren nach Bismarcks Tode gehalten, besonders als der Kaiser am 27. Juli 1900 die berühmte Hunnenrede gegen den chinesischen Völkeraufstand hielt (Bd. I, S. 322). Dann aber bog Harden in die Linie der Eroberungspolitik ein. Als die Engländer und Franzosen sich am 8. April 1904 einigten, das Mittelländische Meer unter sich zu teilen, lehnte sich Harden gegen die von ihnen vereinbarte Zurücksetzung Deutschlands auf. In dem Aufsatz vom 23. April sagte er sich von dem Kernsatz der Bismarckschen Politik, Deutschland sei saturiert, ausdrücklich los und schrieb:

„Wir sind nicht saturiert. Wir brauchen fruchtbares Land, brauchen, seit die Großindustrie sich in Treibhaushitze entwickelt, der standard of life der Nation weit über alle Gewohnheit erhöht worden ist, offene Riesengebiete, die unsere Waren zu anständigem Preise kaufen. Sonst verzwerger wir uns nach und nach zu einem zweiten Belgien.“

Wohl mahnt Harden, zur Erreichung dieser Ziele neue Bündnisse zu suchen, aber auch ohne solche hält er Deutschland für stark genug, sich Geltung zu verschaffen. Obwohl er nicht zu den Alldeutschen gehörte, stimmte er doch einer ihrer Hauptforderungen zu, der nach umfangreichen überseeischen Erwerbungen.

*

Deutschlands Programm in der Marokkofrage. Friedrich von Holstein

Das war die Stimmung, die der Regierung aus der öffentlichen Meinung entgegenschlug. Die Verdrossenheit über die Verdrängung Deutschlands vom Mittelländischen Meer war allgemein, nur mahnten die